Südschleswigscher Wählerverband

SSW

Speech
Kiel, 16.09.2015

Pressesprecher Per Dittrich, Tel. (04 31) 988 13 83

Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Tel. (04 31) 988 13 80
Fax (04 31) 988 13 82

Norderstraße 76
24939 Flensburg

Tel. (04 61) 144 08 300
Fax (04 61) 155 08 305

E-Mail: info@ssw.de

Haushaltsberatungen 2016 - Bildung finanzpolitisch stärken

Lars Harms zu TOP 7+8+34+44+46 - Haushaltsberatungen 2016 – Erste Lesung

„Finanzpolitisch tun wir alles, um die Bildung zu stärken, und das kann man im Haushalt ablesen!“

Grundlage unserer Haushaltspolitik war und ist es, dass wir sparen, aber eben nicht ohne Sinn und Verstand. Investitionen in Bildung und Infrastruktur zahlen sich langfristig aus. Investitionen in Kultur und in unsere regionalen Sprachen und Kulturen sind die Grundlage unseres Gemeinwesens. Und Investitionen in öffentliche Ordnung und gute Verwaltung bedeuten auch feste und sichere Strukturen für die Menschen in unserem Land. Und natürlich bedeutet auch gute Arbeit und soziale Gerechtigkeit, dass die Menschen eine vernünftige Lebensgrundlage haben. All diese Dinge müssen mit den Sparzwängen abgewogen werden. Daher verbietet sich eine Kürzungsorgie nach dem Rasenmäherprinzip. Deshalb haben wir da gespart, wo gespart werden musste und wir haben dort investiert, wo investiert werden musste. Und die heute Lage unseres Landes gibt uns Recht.

Betrachtet man die Schulden am Kreditmarkt seit 1990 so kann man feststellen, dass sich die Schuldenstände Anfangs immer zwischen einer

halben und einer Milliarde Euro jährlich erhöht hatten. Von 1990 bis 1999 stiegen die Schulden von rund 10 Milliarden Euro auf 16 Milliarden Euro. Anfang der 2000er Jahre stiegen die Kreditmarktschulden dann noch einmal stärker an. In der Dekade zwischen 2000 und 2009 stiegen die Schulden des Landes auf etwas mehr als 25 Milliarden Euro an und im Jahr 2012 erlangte der Schuldenstand den bis dahin höchsten Stand von 27,6 Milliarden Euro. In dieser Zeit gab es nicht ein Jahr, in dem Schulden abgebaut wurden. Erst mit der gemeinsamen Übernahme der Regierung durch SPD, Grüne und SSW ist es erstmals gelungen, den Schuldenstand wieder zu senken. Er ist jetzt rund eine halbe Milliarde Euro unterhalb des Standes von 2012. Das ist das Verdienst einer vorausschauenden Politik unserer Koalition und unserer Finanzministerin, Monika Heinold.

Und mit dieser vorausschauenden Politik werden wir weitermachen. Und dabei werden wir uns auch weiterhin den wichtigen Herausforderungen, die auch viel Geld kosten werden, stellen.

Natürlich stellt uns die Flüchtlingsfrage vor enorme Herausforderungen. Aber im Gegensatz zu manch anderen haben wir von Anfang an nicht die Augen davor verschlossen, dass es aus unserer humanistischen Grundhaltung heraus zwingend ist, den Menschen zu helfen und dass dies auch Geld kosten wird. Schon für 2015 hatten wir mehr Mittel eingeplant und auch der Nachtragshaushalt geht von höheren Flüchtlingszahlen aus. In 2016 rechnen wir nun mit Ausgaben in einer Gesamthöhe von 312 Millionen Euro. Wenn man betrachtet, dass die Ausgaben für dieses Politikfeld vor drei Jahren nur bei 50 Millionen Euro lagen, kann man ermessen, welche große Kraftanstrengung wir da angehen. Damit wären wir finanziell in der Lage, 27.500 Flüchtlinge aufnehmen zu können. In den Folgejahren 2017 und 2018 planen wir mit 338 und mit 387 Millionen Euro. Man muss daher ehrlich sagen, dass die Aufwendungen für die Flüchtlinge die Haushaltsspielräume enger machen, aber wir erfüllen hier eine wichtige humanitäre Aufgabe. Und die ist vordringlich!

Allerdings ist auch klar, dass wir solche Leistungen nicht dauerhaft alleine erbringen können. In den meisten Fällen erfüllen wir hier Aufgaben, die eigentlich der Bund finanzieren müsste. Daher will ich hier ganz deutlich sagen, dass der Bund hier verstärkt seiner Pflicht zur Finanzierung dieser Leistungen nachkommen und so die Länder und Kommunen entlasten muss. So würde auch sicherlich wieder Spielraum für den Haushaltsvollzug entstehen, der jetzt kurzfristig weggefallen ist. Um die Flüchtlingsausgaben planbar zu machen, bedarf es hier eines gemeinsamen Kraftaktes von Bund, Ländern und Kommunen. Sollte der Bund hier nicht das dringend benötigte Geld für die Länder zur Verfügung stellen, wäre es immer noch möglich, auch die Schuldenbremse des Landes entsprechend anzupassen, so dass die

konjunkturell gute Lage des Landes dazu genutzt werden kann, um den Flüchtlingen zu helfen. Aber erst einmal steht der Bund in der Pflicht und wir hoffen, dass er dieser Pflicht im Sinne der Länder und Kommunen auch nachkommt.

Wir müssen die Flüchtlingsfrage aber eben nicht nur unter dem Aspekt der finanziellen Fragen sehen, sondern es können sich durchaus auch Chancen für unser Land ergeben. Unter den Flüchtlingen sind durchaus auch gut ausgebildete Menschen, die unserem Land in Zeiten des demografischen Wandels durchaus helfen können. Damit sie dies tun können, ist es wichtig, ihnen den Einstieg in den Arbeitsmarkt so schnell wie möglich zu ermöglichen. Da sind zum einen rechtliche Hürden zu meistern, aber eben auch faktische Hürden anzugehen. Wer hier bei uns leben soll, braucht Hilfe, um die Sprache zu erlernen. Deshalb fangen wir bei den Kleinsten an und stecken 2 Millionen Euro mehr in die Sprachförderung in den Kindertagesstätten; insgesamt zahlen wir 12 Millionen Euro mehr für Lehrerstellen in den Schulen und wir fördern die Erstorientierung erwachsener Neuankömmlinge anstatt mit 2 jetzt mit 4 Millionen Euro. Mit diesen Maßnahmen stärken wir die Infrastruktur für die Integration von Flüchtlingen. Das ist zwar keine Investition nach der klassischen Definition, die uns immer von der Opposition um die Ohren gehauen wird, aber das sind Investitionen in die Zukunft unseres Landes und in die Zukunft der Menschen. Und darum geht es eigentlich!

Meine Damen und Herren, mit dem Haushalt 2016 setzten wir wieder ein Zeichen. Ein Zeichen für die Weiterentwicklung unseres Landes. Und hier sind es vor allem die Investitionen in die Bildung, die das Land voran bringen. In den letzten Jahren haben wir Lehrerstellen geschaffen, die die alte Regierung abgeschafft hätte. Wer heute, wie CDU und FDP, den Abbau des Unterrichtsausfalls propagiert, war sich noch vor drei Jahren nicht zu schade, bei Lehrerstellen kürzen zu wollen. Das eine ist was man fordert, wenn man keine Verantwortung trägt und das andere ist, was man dann wirklich tut, wenn man regiert. Und wirklich getan für die Bildung hat schwarz-gelb nichts. Wir sind es, die die Anzahl der Lehrerstellen erhöht haben. Wir sind es, die Lehrer an den weiterführenden Schulden finanziell gleich behandeln. Und wir sind es, die die Lehrerausbildung an den Hochschulen endlich so strukturiert haben, dass sie auch zu den Schulen passen. Nach dem das alles gemacht wurde und man vonseiten der CDU festgestellt hat, dass rot-grün-blaue Politik im Bildungsbereich richtig war, ruft nun der kommende Spitzenkandidat der CDU eine verstärkte Hinwendung zur Bildungspolitik aus. Da kann ich nur sagen, beim letzten Mal als schwarz-gelb für sich die Bildungspolitik entdeckt hatte, endet das in einem riesigen Stellen-Streichkonzert. Glauben Sie mir, da sind die Menschen dann doch beim rot-grün-blauen Original besser aufgehoben!

Wir schnacken nicht nur über Bildung, wir gestalten sie auch. Wir haben die Schulsozialarbeit mit 17,8 Millionen Euro abgesichert und wir haben vor allem auch die Stellen für die Schulassistenz durchfinanziert. Damit kommen zusätzlich zu den Lehrerstellen, die wir geschaffen haben, noch einmal 314 Schulassistenten, die die Lehrer bei Schülern mit Defiziten unterstützen sollen. Dies ist ein moderner Ansatz in der Schulpolitik. Und damit sind wir mit führend in der Bundesrepublik.

Wichtig ist aber auch, dass möglichst viele Kinder in den Genuss von Bildung kommen. Das scheitert häufig schon an den Kosten für die Kindergartenbetreuung. Deshalb werden wir ab 2017 23 Millionen Euro dafür einsetzen, die Eltern bei den Kita-Gebühren zu entlasten. Das ist kein Wahlgeschenk, sondern auch wieder eine dringend notwendige Maßnahme, um die Bildungschancen von Kindern zu erhöhen. Wenn Sie, liebe Opposition, dass als Lobbyismus bezeichnen, dann bin ich wahrlich ein überzeugter Lobbyist!

Natürlich wollen wir auch unsere gute Position in der Hochschulpolitik ausbauen. In der Tat war es in der ersten Zeit nicht möglich, die Grundhaushalte der Hochschulen anzuheben. Wir haben die Hochschulen bisher mit dreistelligen Investitionshilfen unterstützt und dabei war es nicht auch noch möglich gewesen, dauerhaft weiteres Geld in die Hochschulen zu geben. Hier nutzen wir nun die verbliebenen Spielräume, um auch in diesem Teil der Bildungspolitik Akzente zu setzen. Im Haushaltsentwurf 2016 erhöhen wir die Grundhaushalte der Hochschulen um 10 Millionen Euro und wir werden diese Zuschüsse Stück für Stück steigern, bis wir in 2019 bei 25 Millionen Euro angekommen sind. Vor dem Hintergrund der enormen finanziellen Unsicherheiten und der weiterhin geltenden Sparverpflichtungen gegenüber dem Stabilitätsrat sind das alles riesige Schritte!

Damit machen wir die Sache rund: Mehr Geld in den Kita-Ausbau, mehr Personal für die Kitas, weniger Kita-Gebühren für die Eltern, mehr Lehrer in den Schulen, neue Schulassistenten, mehr Geld für freie Schulen und dänische Schulen, mehr Investitionsmittel für die Hochschulen und mehr Geld für die Grundhaushalte der Hochschulen. Finanzpolitisch tun wir alles, um die Bildung zu stärken, und das kann man im Haushalt ablesen!

Und auch die Kulturpolitik profitiert von unserer vorausschauenden Haushaltspolitik. Seit Anke Spoorendonk Kulturministerin ist, hat sich viel zum Positiven in der Kulturpolitik gewandelt. Jetzt gilt es diese Schritte weiter zu gehen. Wir richten Kulturknotenpunkte ein, die helfen sollen, die Kulturpolitik im ländlichen Raum zu unterstützen und zu vernetzen. Wir wollen die Bibliotheken mit einem Bibliotheksgesetz stärken, für das gerade

ein Beteiligungsprozess läuft. Für die wichtige Arbeit der Bibliotheken nehmen wir extra Finanzmittel in die Hand, um die Arbeit verstetigen zu können. In diesem Rahmen werden wir auch eine Vereinbarung mit den dänischen Bibliotheken schließen, die zur Gleichstellung von deren Angebot mit den deutschen Bibliotheken führen wird. Und wir werden auch insgesamt 300.000 Euro einsetzen, um in Nordfriesland eine zweisprachige wegweisende Beschilderung einzuführen. Damit erreichen wir dann den Standard, den es in vielen anderen Minderheitenregionen schon gibt. Auch in der Kultur- und in der Minderheitenpolitik setzen wir so, trotz der schwierigen Finanzsituation, starke Akzente!

Und obwohl wir mit der Flüchtlingsfrage, der Kulturpolitik und der Bildungsinfrastruktur schon riesige Brocken bewältigen, reicht es immer noch für Gehaltsanpassungen für Polizeibeamte, Justizmitarbeiter und Mitarbeiter der Steuerverwaltung. Die unteren Stufen in der Gehaltstabelle bekommen mehr Geld und auch das ist gerecht.

Wenn Sie von der Opposition immer behaupten, dass wir trotz Steuermehreinnahmen mehr Geld ausgeben, dann sage ich: Ja, weil es nötig ist. Die Bildungsausgaben sind nötig, um in der Zukunft nicht der Entwicklung hinterher zu laufen. Wer jetzt nicht in die Bildung investiert, dem fehlen morgen die Steuereinnahmen. So einfach ist das und deshalb ist das Geld gut investiert!

Und wer den Flüchtlingen jetzt nicht hilft und wer sie jetzt nicht integriert, der schafft die sozialen Probleme von morgen. Auch hier ist das Geld sehr gut investiert!

Und wer Polizisten, Justizbeamten und Steuerbeamten in den niedrigeren Lohnstufen nicht ausreichend Lohn zahlen will, der handelt verantwortungslos. Auch das Geld ist gut investiert – nämlich in die Motivation unserer Mitarbeiter!

Aber eins ist auch wahr: Die Steuereinnahmen stiegen in der Vergangenheit auch, aber unter dem schwarzen Finanzminister Wiegard ist der Schuldenstand stetig gestiegen. Bei uns ist er gesunken. Das nennt man nachhaltige Finanzpolitik! Und die gibt es nur bei rot-grün-blau!

Meine Damen und Herren, erstmals in der Geschichte dieses Landes hat unsere Landesregierung einen Infrastrukturbericht vorgelegt, der die Versäumnisse der Vergangenheit schonungslos offen legt. Über den Zustand der Landesstraßen ist ein weiterer Bericht vorgelegt worden. Wir wollen ganz

klar auch mittel- und langfristig alle diese Versäumnisse ebenfalls abbauen. Dabei geht es uns nicht um Schuldzuweisung. Die Politik im Allgemeinen – auch hier in Schleswig-Holstein, aber eben nicht nur hier bei uns – hat viele Aufgaben liegen gelassen. Es ist an uns, ob wir diese in Beton gegossenen Schulden ebenfalls angehen. Dafür bedarf es eines Konzeptes, dass wir jetzt umsetzen wollen. Es wird nicht alles auf einmal zu schaffen sein und es wird auch nicht so sein, dass wir in der Lage sind, in den nächsten 10 Jahren alle Sünden der Vergangenheit vollständig abzubauen. Was über 50, 60 Jahre angewachsen ist, lässt sich nicht einfach mal ebenso abarbeiten. Trotzdem werden wir das Problem angehen und Stück für Stück abarbeiten. Hierfür sind der Infrastrukturbericht und der Bericht über die Landesstraßen eine wichtige Grundlage. Jetzt kommt es darauf an, hier schnell Baurecht zu schaffen und die Finanzierung sicher zu stellen. Mit unserem Programm IMPULS stellen wir hier jährlich 100 Millionen Euro ab 2018 zur Verfügung. Wir werden die Investitionen planen und finanzieren und wir werden alle 4 Jahre wieder eine neue Erfassung des baulichen Zustandes von Straßen und Liegenschaften durchführen, so dass wir immer auf dem neuesten Stand sind. Nur so können wir Stück für Stück den Sanierungsstau auch wirklich abbauen – und wir werden das tun! Und wir werden das deshalb tun, weil unsere Planung der Finanzen dieses Landes solide aufgestellt ist!

Wir können wohl in 2017 mit einer schwarzen Null im Haushalt planen. Das heißt, wir machen dann keine weiteren neuen Schulden. Dies machen wir, ohne sozialen oder kulturellen Kahlschlag. Im Gegenteil, die sozial verantwortliche Politik und die wesentlich verbesserte Minderheitenförderung sind durchfinanziert. Die enormen Maßnahmen im Bildungsbereich sind sicher finanziert. Die Flüchtlingshilfe ist wegen unser soliden Haushaltspolitik in jeden Fall tragbar. Die Investitionen in den nächsten Jahren sind durchgeplant und finanziert. Künftige Lohnsteigerungen unserer Bediensteten sind mit 2 % einkalkuliert. Die Personalsituation bei Polizei und Justiz sind finanziell unterlegt. Bei den Zinsausgaben planen wir einen Risikopuffer ein. Und wir halten sämtliche Vereinbarungen mit dem Stabilitätsrat ein, so dass die Haushaltssanierung und der Stellenabbau in der Verwaltung weiter fortschreiten. Das ist solide, durchdacht und zukunftsorientiert!

Wir stehen zu unserer Verantwortung für die Flüchtlinge, die zu uns kommen. Und wir zeigen mit unseren Schwerpunkten in der Sozial-, Kultur- und Bildungspolitik, die wir setzen, dass wir das Land weiterentwickeln wollen. Dabei sehen wir bewusst über die jetzige Wahlperiode hinaus und wollen das, was wir angefangen haben, auch gerne weiterführen. Solide und kluge Haushaltspolitik hat einen Namen und der heißt: rot-grün-blau!